



**Buschfeuer in Australien:** „Schlimmer als nach dem Sturmangriff einer Panzerdivision“

## AUSTRALIEN

### Nasser Mop

**71 Todesopfer bei einer Brandkatastrophe – die Australier müssen endlich lernen, mit den Buschfeuern umzugehen, fordert ein Experte.**

Heißer Steppenwind, 43 Grad im Schatten, kochentrockener Boden. Alarmstimmung im südlichen Australien.

Das Inferno kündigte sich mit einem ohrenbetäubenden Knattern und Zischen an. Auf den Hügeln von Beaconsfield bei Melbourne brachten zwölf Freiwillige – elf Feuerwehrmänner und eine Frau – ihren Löschwagen in Stellung. Die Feuerwalze kam näher, sprang plötzlich auf den Berg über und fegte in Sekunden über die hilflosen Helfer hinweg. Kollegen zogen die zwölf verkohlten Leichen unter dem Spritzenwagen hervor.

Insgesamt 71 Opfer forderte der Feuersturm der vorletzten Woche an Australiens Südküste – genauso viele wie das bis dahin schlimmste Buschfeuer des Kontinents am inzwischen legendären „Schwarzen Freitag“, dem 13. Januar 1939.

Zwei Tage wüteten die Brände in den Vororten von Melbourne und Adelaide, rasten über die Höhen der Dandenongberge, von deutschen Einwanderern gern als „Schwarzwald“ bezeichnet, bis an die berühmte Great Ocean Road, wo sich die Sommerurlauber in die Wellen des Pazifiks retteten.

2000 Menschen wurden verletzt, 750 Farmen und 2600 Wohnhäuser brannten aus, eine Waldfläche weit größer als das Saarland verkohlte, 200 000 Schafe und 12 000 Rinder kamen um. Während die Feuerwehrleute vorige Woche versuchten, die restlichen Brände zu löschen, zogen Tierschützer in die Berge, um halbverbrannten Vögeln, Känguruhs

und Koalabären den Fangschuß zu geben.

„Schlimmer als nach dem Sturmangriff einer Panzerdivision“, urteilte Australiens konservativer Premierminister Malcolm Fraser bei Besichtigung der Unglücksorte. Seinen Wahlkampf hatte er, ebenso wie sein Kontrahent Bob Hawke von der oppositionellen Labor-Partei, unterbrochen. Die Politiker kamen überein, das Unglücksfeuer nicht für die am 5. März anstehenden Parlamentswahlen auszuschlachten.

Dennoch fragten sich viele Australier, ob man nicht aus früheren Großfeuern – pro Jahr gibt es 600 bis 800 Buschbrände – hätte lernen müssen, wie eine Katastrophe dieses Ausmaßes verhindert werden könne.

„Buschfeuer sind ein Teil unserer Umwelt, ein natürlicher Prozeß wie Wind und Regen“, meint Peter Stanbury, Direktor des Universitätsmuseums in Sydney. Die Aborigines, Australiens Ureinwohner, hätten es bei ihrer steinzeitgemäßen Lebensweise verstanden, die immer wieder auftretenden Steppenfeuer zur Brandrodung zu nutzen, ohne die Natur oder sich selbst zu zerstören.

Davon seien die Weißen, die heutigen Herren Australiens, jedoch weit entfernt, urteilt der Melbourneer Wissenschaftler David Packham, der seit 20 Jahren Ursachen und Wirkung der Buschfeuer erforscht.

Der Zufall wollte es, daß Packham wenige Stunden vor Ausbruch des großen Feuers zwei nordamerikanische Brandexperten vom Flughafen in Melbourne abholte, um mit ihnen Erfahrungen bei der Feuerbekämpfung auszutauschen.

Aus dem freundschaftlichen Treffen wurde eine dramatische Übung: Mitten in einer der schlimmsten Feuerzonen führten die drei Brandexperten vor, wie man mit tausend Liter Wasser, guten Nerven und altväterlichen Methoden sein Haus retten kann. Während die Männer „mit Eimern und Tassen“

(Packham) löschten, erstickte Frau Packham kleine Brandherde mit einem nassen Mop.

Buschfeuer, so Packhams These, könne man auch mit Tausenden von Feuerwehrleuten nicht verhindern, den Schaden aber verringern, indem man Flammen möglichst wenig Nahrung biete.

Paradoxiereise macht gerade ihre Naturliebe viele Australier zu möglichen Brandopfern, denn sie haben ihre Häuser direkt in die Eukalyptuswälder gebaut oder die trockenen Gehölze in ihrem Garten stehenlassen.

Eukalyptuswälder brennen aber dank ihrer ölhaltigen Blätter wie Zunder. Besonders das trockene Laub am Boden – bis zu 30 Tonnen pro Hektar – bietet dem Feuer reichlich Nahrung. Wissenschaftler predigen deshalb seit Jahren das kontrollierte Laubabbrennen in der feuchteren Jahreszeit. Per Flugzeug werden Zündkapseln in abgesteckte Waldbezirke geworfen, so daß das Laub verglimmt, ohne die Bäume zu schädigen.

Doch nur in Westaustralien werden seit 20 Jahren rund 320 000 Hektar Wald systematisch gereinigt und ausgebrannt. Mit Erfolg, denn die Westaustralier hatten zwar 1980 immer noch 290 Buschfeuer zu bekämpfen. Doch die Schäden blieben mit 7200 Hektar abgebrannter Wälder geradezu lächerlich gering gegen das Inferno an der Südküste.

Die Australier, meint Packham, müßten lernen, mit den Feuern zu leben:

- ▷ Die Häuser in gefährdeten Gebieten sollten aus feuerfestem Material gebaut werden. In den Regenrinnen dürfe kein Laub bleiben. Fliegengitter müßte wie früher aus Kupferdraht und nicht aus dem leichtentzündbaren Plastik bestehen.
- ▷ Wenn die Feuerwalze kommt, solle man im Haus bleiben, Türen und Fenster fest verschließen und kleine Brände sofort löschen.
- ▷ Wer im Auto vom Feuer überrascht wird, solle ebenfalls die Fenster

schließen und sich unter eine Decke auf den Boden legen – ein Rat, der allerdings bei den extrem hohen Temperaturen des jüngsten Feuers oft nicht half.

Australiens freiwillige Feuerwehrleute blieben trotz kräftiger Gewitter letzte Woche ständig in Alarmbereitschaft, denn die Blitze hatten noch weitere Buschfeuer entzündet, die erst mit dem anhaltenden Platzregen verlöschten. Doch die Gefahr ist nur vorläufig gebannt.

Australiens Politiker setzen derzeit auf Zeit. Wie immer nach einem Großbrand wollen sie erst mal eine Untersuchungskommission einsetzen. „Das ist das letzte, was wir brauchen“, schimpfte Packham, „die sollen endlich mal den Untersuchungsbericht vom Schwarzen Freitag 1939 lesen.“

Schon der enthielt exakte Anweisungen zur Verhinderung der nächsten Katastrophe.

## KANADA

### Klima der Angst

**Per Gesetz wollte Quebecs Separatisten-Premier Lévesque die Lehrer seiner Provinz wieder in die Klassenzimmer bringen – er verlor seine bislang eifrigsten Anhänger.**

Sie fühle sich wie im Schleudergang. Söhre Waschmaschine, berichtete eine Lehrerin am Dawson College in Montreal ihren Kolleginnen und Kollegen. Sie habe sich „buchstäblich übergeben“ müssen.

Anderen ging es nicht viel besser. Und sogar „Leute, die überhaupt nicht mit uns sympathisieren“, so der Sprecher der „Lehrergewerkschaft von Quebec“, standen plötzlich Seit an Seit mit den Paukern. „Ich schäme mich fast, mit denen einer Meinung zu sein.“

Was Lehrer und Juristen, Kaufleute, aber auch alle Bürgerrechtsgruppen und Zeitungen der französischsprachigen Provinz Quebec gleichermaßen erregt, ist das Gesetz Nummer 111, das Regierungschef René Lévesque in der Nacht zum vorletzten Donnerstag durchs Provinz-Parlament peitschte, um einen bis dahin 21 Tage alten Streik von rund 71 000 Lehrern zu brechen.

Drakonische Maßnahmen wurden mit sofortiger Wirkung allen Pädagogen angedroht, die sich weiterhin weigerten, zum Unterricht zu erscheinen: Geldstrafen bis zu 400 Mark pro Streiktag (bis zu 20 000 Mark für Gewerkschaftsführer, bis zu 100 000 Mark für die streikenden Gewerkschaften), Herabsetzung der anzurechnenden Berufsjahre und die sofortige Entlassung von solchen Lehrern, die Streikbrecher am Betreten einer Schule hindern.

Doch nicht so sehr die Strafandrohungen schockten die kanadische Öffentlich-

keit, sondern ein Eingriff in die Bürgerrechte. In Artikel 28 setzte das Streikauflösungsgesetz auch solche Bestimmungen außer Kraft, die in der „Menschenrechts-Charta“, dem Grundrechtskanon der Provinz, enthalten sind: Entlassenen Lehrern soll die Berufungsmöglichkeit vor der Justiz beschnitten werden.

„Ein abscheuliches, totalitäres Machwerk“, schimpfte der Chef der Lehrergewerkschaft, Yvon Charbonneau. „Mit einer Gesellschaft, die Grundrechte außer Kraft setzen muß, um Schulen offen zu halten“, schrieb die englischsprachige „Gazette“, „kann etwas nicht stimmen.“

Zwar wollen sich die Schuldirektoren, nach dem neuen Gesetz verpflichtet, streikende Lehrer zu melden, auch künf-

Damals bejubelten Gewerkschafter euphorisch den Aufbruch zu einem sozialdemokratischen, französischsprachigen Nationalstaat; jetzt verspüren sie unter dem PQ-Regime ein „Klima der Angst und der Einschüchterung“. Ihren einstigen Helden Lévesque, dessen Partei einen Aufnahmeantrag bei der Sozialistischen Internationale gestellt hat, vergleichen sie mit Hitler und Mussolini.

Der Bruch nahm seinen Anfang, als Lévesque im vorigen Sommer ein Paket von Sparbeschlüssen für den öffentlichen Dienst vorlegte, das helfen sollte, ein Haushaltsdefizit von sechs Milliarden Mark zu verringern.

Per Gesetz verordnete der Premier Gehaltskürzungen, Arbeitszeitverlängerungen und ein dreijähriges Streikverbot

für die zuvor vergleichsweise verwöhnten Staatsbediensteten. Durch geschicktes Taktieren gelang es ihm, die „gemeinsame Front“ der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes zu durchbrechen. Die Lehrer legten die Arbeit nieder; ein geplanter Generalstreik der 325 000 Staatsdiener aber ließ sich nicht durchsetzen. „Ein Sieg des Terrors“, kommentierte Donatien Corriveau, Präsident des Dachverbandes der Gewerkschaften von Quebec.

Für Lévesque häuften sich die Schwierigkeiten. Nicht nur sein brutales Vorgehen gegen die Gewerkschaften kostet Wählerstimmen, auch die gegenwärtige Wirtschaftsmisere mit einer Arbeitslosenquote in Quebec

von 15,3 Prozent und ein kaum verhüllter Streit innerhalb der Separatistenpartei – nur mit Mühe konnte sich der Parteichef gegen einen starken, auf radikale Trennung von Kanada drängenden Parteiflügel wehren – lassen seine Beliebtheit schwinden. Nur noch 25 Prozent der Wähler von Quebec, so enthüllte eine für den internen Parteigebrauch bestimmte Umfrage, würden gegenwärtig für die Separatisten stimmen.

Und sogar unter Lévesques Anhängern erscheint das Fernziel – die Lösung von Kanada – gar nicht mehr so erstrebenswert. Der Journalist Pierre Bourgeault, der seit Jahren in der „Gazette“, der einzigen englischsprachigen Tageszeitung von Montreal, eine Kolumne mit dem Titel „Québec libre“ veröffentlicht, sieht die Zukunft düster: „Unabhängigkeit? René Lévesque läßt sie als das Schlimmste erscheinen, was Quebec passieren kann.“



**Streikende Lehrer in Quebec: „Jungfräulichkeit verloren“**

tig weigern, Anwesenheitslisten zu führen. Dennoch konnte Lévesque Anfang vergangener Woche einen Teilerfolg buchen. Rund 80 Prozent der Lehrer beschlossen, den Streik bis Mitte März auszusetzen.

Es war ein teuer erkaufter Sieg, denn der Premier, Führer des separatistischen Parti québécois, verlor die Unterstützung seiner eifrigsten Anhänger.

Schüler und Lehrer waren ihm einst begeistert gefolgt. Jetzt aber, so der Montrealer Universitätslehrer Leo Roback, wird die Partei es schwer haben: „Der Kreuzzug-Geist, die unschuldige Motivation“ sind abhanden gekommen, „die Jungfräulichkeit ist verloren“.

Mindestens ebenso schlimm ist, daß nun auch die Gewerkschaften von Lévesque abfallen. Denn die vor allem hatten ihm bisher, erstmals 1976, zu seinen Wahlsiegen verholfen.